

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dieter Dombrowski zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Woidke am 28.08.2013

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

manche Dinge sind grundsätzlich und entziehen sich auch der politischen Entscheidungskompetenz. Das betrifft insbesondere die Gesundheit und die individuelle Belastbarkeit eines jeden Menschen, auch eines Ministerpräsidenten.

Deshalb kann die CDU-Fraktion die Gründe für den Rücktritt von Matthias Platzeck als Ministerpräsident, SPD-Landesvorsitzender und Aufsichtsratsvorsitzender des BER nachvollziehen. Wir haben seine Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Bei aller Kritik, dem teilweise intensiv geführten Wettbewerb um politische Entscheidungen und dem Aufzeigen von begangenen Fehlern gebührt Ihnen, Herr Platzeck, Anerkennung für die langjährige Tätigkeit als Minister und Ministerpräsident im Land Brandenburg.

Um es preußisch kurz und knapp zu sagen: Abgeordnete wie Regierungsmitglieder sind in ihre Ämter gewählt und werden dafür im Übrigen auch bezahlt.

Es ist unsere Pflicht, die Arbeit genauso fleißig und gewissenhaft zu erledigen wie es Bauarbeiter und Krankenschwestern – wie es jeder Bürger in seinem Beruf tut. Keiner von uns leistet Übermenschliches,

denn wir die Politiker, sind auch nur Menschen mit allen Stärken und Schwächen. Dazu sollten wir auch stehen.

Und übrigens, Herr Kollege Platzeck, ich habe gelesen, dass Sie sich für ihre Abgeordnetentätigkeit auf 40-50 Stunden einrichten. Da werden sie sehr schnell neue Erfahrungen machen. Ich kenne keinen Abgeordneten der mit 40-50 Stunden Arbeit in der Woche auskommt.

Dem neuen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke gratuliere ich an dieser Stelle noch einmal zur Wahl. Denn auch wenn er nicht mit den Stimmen der CDU-Fraktion gewählt wurde, so ist er doch auch unser Ministerpräsident, führt unsere Landesregierung und vertritt Brandenburg nach außen.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es den beiden bisherigen Ministerpräsidenten gelungen, das Gefühl zu vermitteln, Ministerpräsident aller Brandenburger zu sein.

Es ist aber nicht nur wichtig, dass die Bürger sich vertreten fühlen, sondern dass die Interessen tatsächlich und mit Erfolg vertreten werden.

In den letzten 4 Jahren hat dieses Prinzip nicht mehr so recht funktioniert – das zeigen die vielen Demonstrationen, Proteste und Widerstände, beispielsweise beim Flughafen, in der Bildung oder gegen die Polizeireform. Oder ich erinnere an die Anzeigenkampagne der gesamten Brandenburger Wirtschaft gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der Regierung Platzeck.

Anrede,

etwas mehr als ein Jahr ist es bis zur nächsten Landtagswahl, aber es gibt wahrlich noch viel zu tun. Nach 11 Jahren Ministerpräsident Matthias Platzeck und vier Jahren rot-roter Koalition ist eine grundlegende Inventur der Landespolitik dringend notwendig.

Herr Platzeck hat viele Baustellen und Ankündigungen offen gelassen. Hier nur einige Beispiele:

- 2009 verkündete er, dass es bis zum Ende desselben Jahres nahezu keine weißen Flecken bei der Versorgung mit schnellem Internet geben sollte. Wirklich nahe ist man diesem Ziel auch vier Jahre später nicht gekommen.
- Beim Dauerthema Flughafen sind nicht nur der Eröffnungstermin, sondern auch die Kosten und die wirtschaftliche Perspektive weiterhin völlig unklar.

Ich erinnere noch einmal an das Volksbegehren, das von der rot-rote Koalition mit großem Tam Tam angenommen wurde: Ministerpräsident Platzeck wurde konkret beauftragt, mit Berlin über ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zu verhandeln. Nach einem halben Jahr gibt es, wie von uns und vielen anderen erwartet, überhaupt keinen Fortschritt – aber das war vielleicht auch nie anders geplant.

- Auch die Verockerung, also die braune Spree, hatte der bisherige Ministerpräsident zur Chefsache erklärt und Lösungen versprochen. Einiges wurde zwar in Gang gesetzt, aber diese Aufgabe ist ein langfristiges Projekt, das dauerhaft bearbeitet werden muss.

Ich bin aber guter Hoffnung, dass Dietmar Woidke als Lausitzer da am Ball bleibt.

Jedoch nicht nur offene Versprechen von Herrn Platzeck müssen bearbeitet werden. In fast jedem Politikfeld gibt es Herausforderungen, Probleme oder Entscheidungsbedarf.

Diese Regierungskoalition hat Brandenburg kaum gestaltet und schlecht verwaltet.

Die Regierungsarbeit war eher Krisenmanagement und die Koalition im Landtag gleicht einem Ehepaar, was bereits im Trennungsjahr lebt.

Bei vielen wichtigen Fragen fanden und finden SPD und Linke keine gemeinsame Linie. So werden wesentliche Entscheidungen verschoben oder gar nicht thematisiert.

So zum Beispiel bei den Themen:

- Zukunft der Braunkohle,
- der konkreten Umsetzung der Inklusion,
- und der Haushaltskonsolidierung.

Aus dieser Situation heraus ist Vieles auf der Strecke geblieben.

Bildung

Im Bereich der Bildung irrt Frau Münch zwischen ihrer Wunschvorstellung einer umfassenden Inklusion und der harten Realität schlechter Platzierungen der Brandenburger Schüler im bundesweiten Leistungsvergleich umher.

Eigentlich sollte Bildung laut Koalitionsvertrag und vieler Erklärungen Priorität genießen. In der Praxis überlässt es die Ministerin aber dem Zufallsprinzip, ob in der Grundschule vernünftig Lesen und Schreiben gelehrt, oder Rechtschreibung als Selbstfindungsexperiment angesehen wird.

Man kann sicherlich über die richtigen Maßnahmen in der Bildung diskutieren. Aber eines ist völlig klar: Unsere Kinder müssen in der Schule lernen, wie korrekt geschrieben, gelesen und gerechnet wird. Die Brandenburger wollen keine Experimente wie zum Beispiel die Methode „Lesen durch Schreiben“. Sie wollen guten und verlässlichen Unterricht für Ihre Kinder.

Ein wesentliches Problem ist auch der Unterrichtsauffall: Fast 450.000 Stunden jährlich werden beziehungsweise nicht so erteilt wie geplant, weil durchschnittlich sechs Prozent der Lehrer krank sind, aber nur drei Prozent als Puffer bereitstehen. Dass die Landesregierung nun einen CDU-Vorschlag aufgreift und die Vertretungsreserve erhöht, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch zu wenig.

Auch heute wurden neu eingestellte Lehrer wieder als zusätzliche Lehrer verkauft und die altersbedingten Abgänge von Lehrkräften nicht berücksichtigt. Dabei gibt es im brandenburgischen Bildungssystem 800 Lehrkräfte weniger als zu Beginn der Legislaturperiode, obwohl die Zahl der Schüler sogar leicht gestiegen ist.

Die große Unzufriedenheit der Lehrer, Eltern und Schüler spiegelt sich in massiven Protesten wider. Im Jahr 2011 demonstrierten Tausende vor dem Landtag mit einem Bildungscamp gegen die Einschnitte bei den Freien Schulen. Und im November letzten Jahres haben 11.000 Lehrer ihren Unmut in noch nie dagewesenen Personalversammlungen zum Ausdruck gebracht.

Neben den Schul-Problemen wurde auch an den Hochschulen viel Vertrauen zerstört. Auch hier hat Frau Münch – damals noch als Wissenschaftsministerin – Versprechen und Verträge gebrochen. 10 Millionen Euro, die für wichtige Projekte und Profilierungen der Hochschulen gedacht waren, wurden einkassiert.

Darüber hinaus müssen die Hochschulen seit 2011 jedes Jahr 12 Millionen Euro einsparen.

Frau Ministerin Kunst setzt diesen Kurs beharrlich fort und hat über die Köpfe der Betroffenen hinweg die Zwangsfusion der Lausitzer Hochschulen verordnet.

Das vollmundige Versprechen des Koalitionsvertrages die Hochschulen zu stärken, steht also im krassen Widerspruch zur bisherigen Politik der Landesregierung.

Innere Sicherheit und Justiz

Wie steht es eigentlich um Recht und Ordnung?

Zwar wurde die ursprüngliche Polizeiabbaureform immer mehr zurückgenommen. Es ändert aber nichts daran, dass es immer noch kein nachhaltiges Konzept gibt, um die Grenzkriminalität mit Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen in den Griff zu bekommen.

Es hört sich gut an, wenn der neue Ministerpräsident erklärt, dass die innere Sicherheit für ihn ein zentrales Anliegen bleibt. Er hat nun alle Möglichkeiten, die Polizei zu stärken und damit auch die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf das Konzept der CDU-Fraktion verweisen. Darin haben wir schon vor fast drei Jahren konkrete Maßnahmen und Vorschläge unterbreitet.

Aber nicht nur bei der Polizei, sondern auch im Justizbereich besteht großer Handlungsbedarf. Gerichtsverfahren dauern in Brandenburg nach wie vor viel länger als in jedem anderen Bundesland. Auch hier kann und darf nicht am Personal gespart werden, denn es handelt sich um eine Kernaufgabe des Staates.

Ich muss das an dieser Stelle einmal so deutlich sagen: Wer sich Schülerbafög, Mobilitätsticket und staatliche Beschäftigungsprogramme leistet, der muss auch die Kritik akzeptieren, dass an zentralen Stellen das Geld für notwendiges Personal fehlt.

Darüber hinaus ist es mehr als beunruhigend, wie derzeit in Brandenburg der Strafvollzug gehandhabt wird.

Dass Horst Mahler, ein mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilter Häftling in der Justizvollzugsanstalt einen Computer erhält, damit antisemitische Schriften verfassen und diese veröffentlichen kann, ist ein Skandal.

Dieser täterfreundliche Strafvollzug des Justizministers ist nicht länger hinnehmbar. Herr Ministerpräsident Woidke, nutzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz, um den falschen Kurs in der Justizpolitik zu korrigieren.

Verkehr

Auch beim Zustand der Landesstraßen herrscht dringender Handlungsbedarf. Im Vergleich zu 2009 werden 2014 satte 80 Prozent weniger für Straßenbau (20 statt 100 Millionen Euro) bereitgestellt.

Die Auswirkungen sieht und spürt man überall im Land. Unseren Antrag zu Verbesserung der Finanzausstattung haben Sie gestern abgelehnt – ohne eigene Alternative. Trotzdem erklärte Verkehrsminister Vogelsänger gestern hier im Landtag, dass das ideologische Motiv „Bildung statt Beton“ endgültig überwunden sei. Wenn ich aber Interviews von Finanzminister Markov lese, scheint die Linke das offenkundig anders zu sehen. Auch hier ist die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten gefragt.

Wirtschaft und Energie

In den kommenden Jahren werden immer weniger Mittel von der EU und vom Bund nach Brandenburg fließen. Deshalb geht es in den nächsten Monaten und Jahren darum, die Förderpolitik so auszurichten, dass sich bis zum Jahr 2020 eine weitgehend selbsttragende Wirtschaftsstruktur entwickelt hat, die ohne Subventionen auskommt. Vor allem muss die Exportfähigkeit unserer Wirtschaft steigen.

Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen, beispielsweise eine ordentliche Breitbandversorgung, eine leistungsfähige Infrastruktur und vernünftige Energiepreise.

Und dafür braucht es eben eine seriöse Energiepolitik, die nicht nur nach Leitsternen greift, sondern auch Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet.

Grundsätzlich gilt: Eine vernünftige Politik muss die Wirtschaft fördern und nicht mit zusätzlichen Belastungen bremsen. Ideologische Experimente wie ein Vergabegesetz, Öffentlicher Beschäftigungssektor und die Ausweitung der Staatswirtschaft gehören korrigiert, da sie Handwerk und Mittelstand unnötig belasten.

Auch die Zweiteilung des Landes in zwei Fördergebiete und die Überdimensionierung der öffentlichen Kläranlagen gehören zu den millionenschweren Fehlentscheidungen und Versäumnissen des ehemaligen Umweltministers bzw. Ministerpräsidenten Mathias

Platzeck. Sie haben das Land um mehrere Hundert Millionen und die betroffenen Bürger um ihr Ersparnis und den Schlaf gebracht.

Es ist dringend erforderlich, dass ein Brandenburger Ministerpräsident auch Präsenz bei den europäischen Institutionen zeigt und dort die Interessen unseres Landes vertritt.

Ich kann seinem Nachfolger nur wärmstens empfehlen, intensiven Kontakt nach Brüssel zu pflegen; so wie es beispielsweise seine Kollegen Tillich und Lieberknecht für ihre Länder tun.

Umwelt/Landwirtschaft

Gerade zwei Monate ist es her, dass ein erneutes Jahrhunderthochwasser große Schäden in der Bundesrepublik anrichtete. Durch den unermüdlichen Einsatz vieler Helfer und einer gehörigen Portion Glück blieben zwar viele Städte und Gemeinden in Brandenburg von Katastrophen verschont.

Aber dieses Hochwasser hat deutlich gezeigt, dass immer noch enormer Handlungsbedarf, insbesondere an den mittleren Fließgewässern wie Schwarze Elster, Pulsnitz, Spree oder Havel besteht.

Die Umweltministerin muss endlich konkrete Vorschläge unterbreiten, wie der technische und vorbeugende Hochwasserschutz in Zukunft ausgestaltet werden soll. Es reicht nicht, wenn man als Fachministerin nur immer auf den Bund verweist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass die Umweltpolitik des Landes – genau wie die Bildungspolitik – in Gänze zwingend eine sachkundige und ordnende Hand braucht.

Gesundheit und Soziales

Die medizinische Versorgung, insbesondere auf dem Land, ist bereits ein gravierendes Problem und der Ärztemangel wird künftig weiter zunehmen.

Unser Vorschlag ein Stipendiensystem für Medizinstudenten einzuführen – was im Übrigen im Landkreis Elbe-Elster bestens funktioniert – wurde gleich zu Beginn der Wahlperiode von der Regierungskoalition abgelehnt. Bis heute gibt es aber keine andere Initiative.

Interessant ist dabei, dass für Ingenieure ein vergleichbares Stipendium vom Land angeboten wird – für angehende Ärzte aber nicht. Vielleicht überlegt sich das neue Kabinett unseren Vorschlag doch noch einmal – es wäre im Sinne vieler Brandenburger.

Ein weiteres drängendes Problem erwächst aus den steigenden Zahlen der Flüchtlinge. Nicht nur die Unterbringung, sondern auch die soziale Integration – vor allem der Kinder, die zur Schule gehen und dort auch tatsächlich etwas lernen sollen – ist eine große Herausforderung.

Ich könnte diese Aufzählung noch sehr lange fortsetzen. Dass es so viele ungeklärte Fragen und offene Probleme gibt, bedeutet nicht, dass es Brandenburg schlecht geht.

Im Gegenteil, gerade weil es momentan sehr gute Rahmenbedingungen wie ein stabiles Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit oder unerwartete hohe Steuereinnahmen gibt, müssen jetzt – aus einer Position der Stärke – die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Auch die CDU kann nicht zaubern. Aber wir können arbeiten. Wir müssen gemeinsam Prioritäten setzen und den Menschen im Lande ehrlich sagen was geht und was nicht geht!

Der neue Ministerpräsident Dietmar Woidke hat die Chance – und dazu ermutige ich ihn ausdrücklich – auf eine ehrliche Bestandsaufnahme. Ich hoffe und wünsche, dass er mit seiner sachlichen Art die vielen Baustellen analysiert, bewertet und entsprechend handelt.

Es ist daher der richtige Weg, wenn Herr Woidke letzte Woche in einem Interview sagte: *„Es reicht nicht abzuwarten, dass sich Probleme von selbst lösen.“*

Ein erster Schritt ist deshalb, Probleme zu erkennen. Die bisher praktizierte Methode: Ein Problem wird ignoriert, sobald es von der Opposition angesprochen wird, führt nicht zum Ziel.

Wir, die Opposition, tragen genauso viel Verantwortung für Brandenburg wie Sie, die Regierung, Dieses Land gehört keiner Partei, sondern den Bürgerinnen und Bürgern.

Ministerpräsident Woidke hat auch gesagt, dass er seine eigene Furche durchs Land ziehen möchte.

Wir haben einen Berg von Aufgaben, den es abzutragen gilt. Ich hoffe, Herr Woidke, Sie werden die angekündigte Furche nicht um diesen Berg herum ziehen.

Anrede,

wenn der neue Ministerpräsident seine Ankündigungen wahr macht, dann werden wir ihn bei der Lösung der Probleme Brandenburgs unterstützen.

Aber wir bleiben kritisch und werden genau kontrollieren. Die CDU-Fraktion wird ihre konstruktive Oppositionsarbeit fortsetzen.

Dietmar Woidke übernimmt keine Aufgabe als Verwalter der Rot-Roten-Restlaufzeit.

Er ist nun Ministerpräsident.

Er muss Entscheidungen treffen.

Er gibt die Richtlinien der Politik in Brandenburg vor.

Wie wichtig gerade jetzt mutige und weitsichtige Schritte sind, zeigt der Blick auf das Jahr 2020. Ich gebe zu, das mag für manchen noch weit

entfernt sein, aber im Prinzip trennt uns nur noch eine Wahlperiode von dieser Zielmarke.

- Wir wissen, dass die Schuldenbremse spätestens 2020 Nettokreditaufnahmen der Länder verbietet.
- Wir wissen, dass es im Jahr 2020 keine Mittel mehr aus dem Solidarpakt geben wird.
- Wir wissen, dass 2020 ca. 7 Prozent weniger Bürger hier leben werden und sich der Bevölkerungsverlust danach weiter beschleunigt.

Und die Zinsen für unsere Schulden werden nicht auf dem jetzigen Tiefstand bleiben. Wirtschaft und Konjunktur und damit die Steuereinnahmen werden sich nicht immer nur positiv entwickeln.

Auch wenn eine Landesregierung nur noch ein Jahr im Amt ist, hat sie im Wissen um diese feststehenden Eckwerte eine langfristige Verantwortung.

Am 6. Dezember 2013 ist nicht nur Nikolaus-Tag, sondern es werden auch die ersten 100 Tage mit Dietmar Woidke als Ministerpräsident vorbei sein.

Ich hoffe, dass dann auch schon gute Entscheidungen gefallen sind, richtige Weichen gestellt wurden und der neue Ministerpräsident seinen Worten Taten folgen lassen hat.

Herr Ministerpräsident Woidke, nutzen Sie die Gestaltungsmöglichkeiten Ihres neuen Amtes.

Brandenburg ist ein schönes Land mit vielen Möglichkeiten und fleißigen Menschen. Es lohnt sich dafür zu arbeiten.

Vielen Dank.